

Matin Baraki

Die „goldenen Zeiten“ am Hindukusch Afghanistan nach dem Zweiten Weltkrieg (T. I)

Frank Deppe zum 80. Geburtstag

Wirtschaft und Gesellschaft Afghanistans Ende der 1940er Jahre

Die afghanische Gesellschaft war nach dem Zweiten Weltkrieg nahezu in jeder Hinsicht durch sozialökonomische Rückständigkeit charakterisiert. In ganz Afghanistan herrschten feudale und teilweise sogar vorfeudale Verhältnisse, wobei die feudalen Verhältnisse auf dem Lande dominierend waren. 90% der Bevölkerung lebten auf dem Lande, ca. 70% des bebaubaren Bodens und die meisten Bewässerungsanlagen waren im Besitz von Großgrundbesitzern. Landarme Bauern, die zwischen 33 und 40% aller Bodenbesitzer stellten, verfügten über nicht mehr als je einen Hektar Land. Nach unterschiedlichen Einschätzungen hatten zwischen 18 und 35% aller Bauernwirtschaften überhaupt kein bebaubares Land, wobei der größte Teil von ihnen weder Vieh noch irgendeine andere Art von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln besaß. Die großen Viehzüchter hatten den größten Teil der Viehweideplätze unter ihrer Kontrolle. Die landwirtschaftliche Produktionsweise war sehr primitiv, und das Produktionsvolumen fiel demgemäß niedrig aus. Denn die Großgrundbesitzer investierten nicht in diesem Bereich, sondern setzten ihr Kapital im gewinnträchtigeren Handel ein.

Die Industrialisierung des Landes, die durch die im Jahre 1932 gegründete Bank Millie Afghan (BMA) starke Impulse bekam, wurde infolge des Zweiten Weltkrieges unterbrochen. Dies lag daran, daß die afghanische Wirtschaft wegen ihrer geringeren Entwicklung sehr stark vom Ausland abhängig war. Die Zahl der in den Bereichen der Leichtindustrie, des Kohlebergbaus, des Transport- und Bauwesens arbeitenden Menschen erreichte nicht mehr als 30.000 – 40.000.¹ Das geringe Niveau der nationalen Industrieproduktion, die nur 10% des eigenen Bedarfs deckte, und die überwiegende Beschäftigung der Bevölkerung in der Landwirtschaft hatten eine rapide Verschlechterung der Lebensverhältnisse aller Werktätigen, sowohl auf dem Lande als auch in den Städten, zur Folge.²

Obwohl Afghanistan nicht in den Zweiten Weltkrieg hineingezogen werden konnte und dadurch von den unmittelbaren Wirkungen des Krieges verschont

¹ Vgl. Baraki, Matin: Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland, 1945-1978, dargestellt anhand der wichtigsten entwicklungspolitischen Projekte der Bundesrepublik in Afghanistan. Frankfurt/M., 1996, S. 71.

² Vgl. Werner, Ingeborg: Die Afghanistanpolitik des deutschen Imperialismus vom Beginn des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Diss. Halle 1964, S. 321.

blieb, befand sich das Land am Ende des Krieges dennoch in einer tiefen ökonomischen Depression. Infolge des Rückgangs der nationalen Industrieproduktion kam es zu Preissteigerungen und Versorgungsproblemen bei Lebensmitteln und anderen Waren des täglichen Bedarfs. Die Preise für Industrieprodukte betragen im Jahre 1945 im Vergleich zu 1939 insgesamt das Siebenfache.³ Im Einzelnen sah die Teuerungsrate folgendermaßen aus: Auf der Basis von 1936/37 stieg der Preisindex bis 1946 für Textilien auf 325, für Lebensmittel auf 361, für Wohnungsmieten auf 313 und für die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten auf 355.⁴ Zusätzlich zum Mangel an Waren aus der Industrieproduktion kam der Export landwirtschaftlicher Produkte nach Britisch-Indien, wodurch die Preissteigerung noch beschleunigt wurde. Durch den Abzug ausländischer Experten aus Afghanistan und durch den Mangel an Ersatzteilen erlitt die noch sehr junge afghanische Industrie einen schweren Rückschlag.

Nach dem Überfall des faschistischen Deutschland auf die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) am 22. Juni 1941 und dem Kriegseintritt Japans am 7. Dezember 1941 kam es zum Abbruch der meisten bestehenden Handelsbeziehungen mit europäischen und asiatischen Ländern. Der Handel mit der UdSSR erreichte sein niedrigstes Niveau,⁵ im Verlauf des Krieges verlagerte er sich von Europa nach Asien und den USA. Im asiatischen Raum wurde Britisch-Indien der wichtigste Handelspartner für Afghanistan, die Handelsbeziehungen mit Deutschland und der UdSSR kamen völlig zum Erliegen. Mit Japan erreichten sie ebenfalls ein niedrigeres Niveau als 1938/39. Mit den USA war dagegen eine Steigerung zu verzeichnen.⁶

Im Programm der *Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA)* von 1965 heißt es u.a.: „Die Hauptursachen für die Stagnation der Produktivkräfte und für die unerträgliche Lage des Volkes Afghanistans [...] sind die ökonomische und politische Herrschaft der Feudalherren, die Raffgier der Großschieber und der Kompradorenbourgeoisie, die durch und durch verfaulte Bürokratie und die Aktivitäten der internationalen imperialistischen Monopole.“⁷

Die herrschende Klasse Afghanistans versuchte, ihre ökonomischen und politischen Positionen zu stabilisieren, ohne an den Grundlagen der überholten Zustände etwas zu ändern. Die Versuche der Regierung, die Klassengegensätze zu vertuschen bzw. abzuschwächen, führten nicht zum gewünschten Ergebnis. Im ganzen

3 Vgl. Neueste Geschichte Afghanistans, Kabul (تاریخ نوین افغانستان، کابل), in: Haqiqate Enqelabe Saur (Die Wahrheit der Aprilrevolution), 4. Zentralorgan der Demokratischen Volkspartei Afghanistan (DVPA), Beilage, Nr. 235-251 vom 20.12.1360-26.1.1361 (1982), (in Dari, vervielfältigt in Hamburg), S. 24.

4 Vgl. Gregorian, Vartan: The emergence of modern Afghanistan. Politics of reform and modernization, 1880-1946. Stanford, California, 1969, S. 390f.

5 Vgl. Neueste Geschichte Afghanistans (تاریخ نوین افغانستان), S. 24.

6 Siehe dazu ausführlich: Baraki, a.a.O., S. 72ff.

7 Grundsatzprogramm der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) vom 1. Januar 1965 (مرام دموکراتیک خلق: دخلک دموکراتیک مرام), Übersetzung von Matin Baraki aus den afghanischen Sprachen Paschto und Dari.

Land herrschte 1946 Unruhe; die innere Krise der Regierenden war unübersehbar. 1944/45 kam es in der südlichen Provinz Paktia und in der östlichen Provinz Maschreqi zu Volksaufständen gegen die Regierung. Der Premierminister Mohammad Haschem sah sich im Mai 1946 zum Rücktritt gezwungen und wurde von seinem Bruder Schah Mahmud abgelöst. Unter dem Protest und dem Druck der Volksmassen – wenn dieser auch nicht organisiert war – und infolge der massiven Kritik von Seiten der Intellektuellen sah sich die Regierung veranlasst, eine gewisse Liberalisierung zu gewähren, die in der Literatur als die Zeit des „demokratischen Experiments“ bezeichnet wird.⁸ Den politischen Kräften Afghanistans wurde nun bewußt, daß ohne tiefgreifende Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur keine Verbesserung der Lage der Mehrheit des Volkes möglich sein würde.

Es gewannen diejenigen Kräfte an Einfluß, die die sich herausbildenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse unterstützten. Die neue Regierung legte ein Fünfjahres-Investitionsprogramm 1949-1953 vor. Die wirtschaftspolitischen Vorhaben der Regierung basierten in erster Linie auf finanziellen und technischen Hilfen aus den USA. Für die Verwirklichung des Plans benötigte Afghanistan 450 Mio. US-Dollar. Von den USA sollten 100 Mio. Dollar in Form eines langfristigen Kredits gewährt werden.⁹ Am 14. März 1946 kam es zwischen der afghanischen Regierung und der US-amerikanischen Gesellschaft Morrison-Knudsen & Co. zu einem Abkommen über den Bau der Bewässerungsanlage „Helmand“ im Süden Afghanistans. Im Dezember 1949 wurde der erste Vertrag über den zunächst von den USA zugesagten 100 Mio. Dollar-Kredit, der später jedoch auf 21 Mio. Dollar gekürzt wurde, abgeschlossen. „Auf afghanischer Seite war man wohl nicht zu Unrecht der Ansicht, daß der gewählte Kredit eher dem Bemühen entsprang, eine amerikanische Firma vor Verlusten zu bewahren als die Entwicklungsanstrengungen eines wirtschaftlich und politisch noch unbedeutenden Landes tatkräftig zu unterstützen.“¹⁰

Tatsächlich hatte das riesige Prestige-Projekt bereits in den Anfangsjahren die Devisenreserven Afghanistans und zusätzlich den Millionen-Kredit aus den USA aufgezehrt. Dennoch war das Projekt nach 30 Jahren immer noch unvollendet und von großen landwirtschaftlichen Mängeln gekennzeichnet. „Das Bewässerungsprojekt funktioniert“, meinte ein Afghane sarkastisch zu mir, „soweit es sich um den Swimmingpool handelt.“ Der Chefingenieur von *Morrison & Knudsen* erklärte dagegen öffentlich: „Wir sind in diese Wildnis gekommen um Geld zu verdienen. Wir sind keine Politiker und Propagandisten, sondern einfache Geschäftsleute.“¹¹

⁸ Vgl. Kraus, Willy (Hrsg.): *Afghanistan, Natur, Geschichte und Kultur, Staat, Gesellschaft und Wirtschaft*, 2. Auflage. Tübingen 1974, S. 126.

⁹ Vgl. Jensch, Werner: *Die afghanischen Entwicklungspläne vom ersten bis zum dritten Plan*. Meisenheim/Gl. 1973 (*Afghanische Studien*, Bd. 8), S. 6.

¹⁰ Ebenda, S. 8.

¹¹ Knauss, Gerhard: *Zwischen den Lagern, Afghanistan: Grenzscheide durch Jahrhunderte*, in: *Frankfurter Hefte*, Neuwied, Jg. 14, 1959, H.5, S. 364.

Das Helmandprojekt erreichte nicht annähernd sein Ziel. Weder entstand, wie im Plan vorgesehen, Neuland für 700.000 Siedler, noch wurde Qandahar zur wichtigsten Industriemetropole Afghanistans. Die US-Firma zog sich aus Afghanistan zurück und hinterließ dem Land einen Berg Dollarschulden und ein für die eigentlich vorgesehene landwirtschaftliche Nutzung unbrauchbares Land.¹²

Im März 1950 besuchte ein Vertreter des US-Präsidenten Afghanistan, um das Land für das am 24. Februar 1955 gegründete Militärbündnis Bagdad-Pakt (am 20. August 1959 in CENTO-Pakt umbenannt) zu gewinnen. Wie die New York Times am 11. April 1954 schrieb, diente auch die Reise des US-Vizepräsidenten Richard Nixon im Frühjahr 1952 nach Pakistan und Afghanistan dem gleichen Ziel.¹³ Entsprechend dem Beschluss der *Loyah Djergah* (Große Ratsversammlung) vom 5./6. November 1941 und November 1955 zur strikten Neutralität Afghanistans konnte die Regierung in Kabul den Wünschen der USA nicht nachkommen. Aufgrund dieser Absage der afghanischen Regierung an die Adresse der USA, bei den wirtschaftlichen Beziehungen Afghanistan-USA Bedingungen zu akzeptieren, die gegen die Interessen des Volkes und der Souveränität des Landes gerichtet waren, kühlte sich das Verhältnis zwischen den beiden Ländern ab, denn die USA machten ihre wirtschaftliche Hilfe von dem Beitritt Afghanistans zum Militärpakt CENTO abhängig. Die Dulles-Doktrin des damaligen US-Außenministers hielt „Neutralität“ sogar für unmoralisch.¹⁴

Der Beginn der „Stillen Revolution“ 1963

Vorgeschichte

Afghanistan erlebte Anfang des Jahres 1946 den Höhepunkt der heftigsten innenpolitischen Krise seit 1928/29, die damals zum Sturz des reformfreudigen Königs Amanullah geführt hatte. Durch starke Preissteigerungen, die den ohnehin niedrigen Lebensstandard der Bevölkerung weiter senkten, kam es im ganzen Land, vor allem in den Stammesgebieten an der afghanisch-pakistanischen Grenze, zu Unruhen. Hinzu kamen die Forderungen nach Demokratisierung seitens der durch die repressive Politik des Premierministers Mohammad Haschem unterdrückten intellektuellen Schichten. Haschem duldete jedoch in seiner 17jährigen Regierungszeit (1929-1946) keine Opposition. Die Intellektuellen nutzten jetzt die allgemeine Unzufriedenheit des Volkes über die Regierungspolitik und forderten eine rasche wirtschaftliche Entwicklung, vor allem grundlegende Reformen im politischen und sozialen Leben des Landes. Hiermit war eine Situation entstanden, in der die Regierung nicht mehr in der Lage war, die nun erstarkte Opposition zu bändigen. Es war das erste Mal seit dem Sturz Amanullahs im Jahre 1919, daß auf Druck großer Teile der Bevölkerung eine

¹² Vgl. Zischka, Anton: Es wird nicht nur gerüstet. Gütersloh 1962, S. 176.

¹³ Vgl. Razvi, Mujtaba I.: The frontiers of Pakistan. Karachi 1971, S. 156.

¹⁴ Vgl. Andel, Horst: Die Neuzeit kommt auch nach Afghanistan, in: Deutsche Woche, München, Jg. 11, 1961, Nr. 13, S. 5.

Regierung zurücktreten mußte. Dies zeigt auch das Gewicht der Intelligenz, die in dieser Zeit als „Avantgarde“ des Volkes die Forderungen der Massen politisch artikulierte. Doch auch die Regierung unter Schah Mahmud leitete keine grundlegenden Veränderungen ein. Sie unternahm begrenzte Reformen, wodurch die Mittelschicht eine gewisse Erleichterung ihrer Situation wahrnahm, ohne daß sie die Interessen der herrschenden Klasse angetastet hätte.

In den Jahren 1947-1948 wurden die Bedingungen für die Handelsgesellschaften zum Export von Agrarprodukten und Import von ausländischen Waren erleichtert. Dies brachte jedoch keine nennenswerte Belebung im Außenhandel Afghanistans. Denn es mangelte an einer ökonomisch starken Handelsbourgeoisie und an tatkräftiger Unterstützung der Regierung durch die Handelsgesellschaften.

Im Jahr 1947 wurden in den Provinzhauptstädten und den großen Kreisen Bürgermeisterwahlen erlaubt, aber dieses politische Manöver brachte keine Lösung der akuten ökonomischen und sozialen Probleme. Die vom Druck und der Repression in der Regierungszeit M. Haschems befreite Intelligenz versuchte sich nun zu organisieren und gründete unter Führung von Mohammad Gol Mohmand, Abdul Rauf Benawa und Gol Patscha Olfat 1947 in der Stadt Qandahar die Vereinigung Wech Zalmian (Wache Jugend). In einer programmatischen Erklärung forderten sie die Abschaffung überholter Bräuche, die Bekämpfung der Korruption (dies betraf sogar die Königsfamilie) und die Förderung und Entwicklung des Bildungswesens.¹⁵ Im Jahr 1949 gelang es der Wech Zalmian, einige ihrer Anhänger ins Parlament (Schora-e Melli) wählen zu lassen (7. Legislaturperiode 1949-1951).

Die Tätigkeit und die politischen Vorstellungen dieser Parlamentarier standen im Widerspruch zur Politik der Regierung. Sie verlangten Rechenschaft von den Regierungsmitgliedern und Erklärungen über ihre Tätigkeit. Es wurde versucht, das Parlament, das nur beratenden Charakter hatte, „in ein wirkliches Machtorgan umzuwandeln, das die Tätigkeit der Regierungsstellen kontrollieren sollte.“¹⁶ Nach wochenlangen Debatten über die Regierungspolitik wurde im Juni 1951 ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung Schah Mahmud eingebracht – ein Novum in der afghanischen Geschichte. Diesen Schritt lehnten die konservativen und regierungstreuen Abgeordneten ab.

Im April 1950 gründete sich ein Studentenverein unter Führung Babrak Karmals. Als der Verein in seinem Programm grundlegende gesellschaftliche Reformen forderte, wurde er unter dem Vorwand gesetzeswidriger Aktivitäten schon im November 1950 verboten.¹⁷

Die herrschende Klasse unter Führung von Abdul Madjid Sabuli, Gründer und Präsident der *Banke Milli Afghan (BMA)* und damaliger Wirtschaftsminister) versuchte, die Opposition zu zerstreuen oder zu integrieren. Sabuli bemühte sich schon 1948, die Bewegung zunächst zu deformieren. Er sagte, daß „anarchisti-

¹⁵ Vgl. Klimburg, Max: Afghanistan. Wien 1966, S. 73.

¹⁶ Ebenda, S. 49.

¹⁷ Vgl. Neueste Geschichte Afghanistans (تاریخ نوین افغانستان), a.a.O., S. 28.

sche Tendenzen sich im Lande ausgebreitet haben“, und forderte die Opposition auf, „das Land zu retten“¹⁸, indem sie sich mit der Regierung solidarisiere. Gleichzeitig gelang es mittels Unterstützung der Mitglieder der königlichen Familie, insbesondere Mohammad Dauds, einem Cousin und Schwager des Königs und späteren Ministerpräsidenten, eine Partei namens *Klupe Melli* (Nationaler Club) zu gründen, die dann die Unterstützung von Sabuli erhielt.¹⁹

Allein anhand der Initiatoren des *Klupe Melli* war ersichtlich, welche Kräfte hinter dieser Partei standen. Daher war sie nicht in der Lage, im damaligen politischen Leben des Landes eine Rolle zu spielen. Denn die Forderungen des Volkes entsprachen nicht den Vorstellungen des *Klupe Melli*.

Im Januar 1951 wurde ein Regierungserlaß veröffentlicht, der die Vorzensur abschaffte und die Herausgabe privater Presseorgane zuließ. Die Regierung beabsichtigte damit, die sich immer weiter entwickelnden Aktivitäten der politischen Gruppierungen in geregelte Bahnen zu lenken. Die Erlaubnis, sich in ihren Presseorganen öffentlich darzustellen, machte es leichter, diese Kräfte im Auge zu behalten und zu kontrollieren.²⁰

Die politischen Gruppierungen beantragten die Zulassung ihrer Presseorgane. Folgende Zeitungen wurden zugelassen und herausgegeben:

- *Nedae Chalq* (Stimme des Volkes) von Dr. Abdul Rahman Mahmudi,
- *Vatan* (Heimat) von Mir Gholam Mohammad Ghobar und Mir Mohammad Sediq Farhang,
- *Angar* (Feuer) von Faiz Mohammad Angar,
- *Ulus* (Volk) von Gol Patscha Olfat.

Die führenden Persönlichkeiten dieser politischen Gruppierungen vertraten eine bürgerlich-demokratische Konzeption und forderten entsprechende gesellschaftliche Veränderungen. In ihren Zeitungen berichteten sie über die soziale Rückständigkeit des Landes. Von allen Gruppierungen wurde eine Reform der Verfassung von 1931 verlangt, allerdings unter Beibehaltung der Monarchie. Außerdem forderten sie das Recht zur Gründung politischer Parteien und versuchten in ihren Beiträgen, die Öffentlichkeit dafür zu gewinnen.

Angar verlangte schon in seinen ersten Ausgaben, daß die Regierung das Volk repräsentieren sollte. Deswegen sei die Gründung von politischen Parteien, ihre freie Betätigung sowie ihre Teilnahme am parlamentarischen Leben des Landes erforderlich.²¹

Dr. Abdul Rahman Mahmudi kündigte am 9. Juli 1951 in seiner Zeitung *Nedae Chalq* die Gründung einer politischen Partei mit Namen *Hezbe Chalq* (Volkspartei) an und forderte öffentlich dazu auf, ihr beizutreten. Sein Ziel war, „das

¹⁸ Akhramovich, Roman Timofeevič: Outline history of Afghanistan after the Second World War. Moskau 1966, S. 47.

¹⁹ Vgl. Wilber, Donald N.: Afghanistan. New Haven 1962, S. 148.

²⁰ Vgl. Akhramovich, a.a.O., S. 53.

²¹ Vgl. Angar, 25.3.1951 (1330), nach: Akhramovich, a.a.O., S. 54.

Volk unter einer gemeinsamen politischen Philosophie zu vereinen und nach Wegen zur Überwindung der sozialen Mißstände zu suchen“.²² Die Hauptziele, die im Programm der *Hezbe Chalq* verkündet wurden, bestanden in der Lösung der sozialen Frage, der Gewährleistung von politischen Rechten, der Rede- und Pressefreiheit, einer unabhängigen Gerichtsbarkeit, gerechten Arbeitsbedingungen und Bildung für alle. Nach Veröffentlichung dieses Programms wurde die Zeitung verboten, die Gründer der *Hezbe Chalq* wurden verhaftet. Dr. Mahmudi starb 28 Tage, nachdem er aus der Haft entlassen worden war, an den Folgen der Folter im Gefängnis.

Im Oktober 1951 ging die 7. Legislaturperiode in der afghanischen Parlamentsgeschichte und damit ein bedeutender historischer Abschnitt der demokratischen Bewegung zu Ende. Im April 1952 wurden Wahlen für die 8. Legislaturperiode durchgeführt. Die herrschende Klasse verhinderte mit Unterstützung der Regierung erfolgreich einen erneuten Wahlsieg der Opposition. Das neue Parlament bestand nur noch aus regierungstreuen Abgeordneten. Die Opposition kritisierte die Einmischung der staatlichen Behörden bei den Wahlen scharf und verlangte von der Regierung die Annullierung der Wahl. Seitens der Opposition kam es zur größten Demonstration in der Geschichte Afghanistans. Die Regierung lehnte deren Forderung ab und verhaftete die Anführer der oppositionellen Gruppierungen.²³ Sie blieben ohne Gerichtsverfahren für die Dauer von über fünf Jahren inhaftiert. Damit war die erste demokratische Opposition, die die Interessen der Volksmassen zum Ausdruck brachte, vorläufig niedergeschlagen.

Nach Ablauf der fünfjährigen Haft bildeten sich unter den führenden Persönlichkeiten der Opposition zwei Hauptrichtungen heraus. Ein Teil von ihnen wurde wieder in staatliche Organe integriert, u.a. M.M. Sediq Farhang, A. R. Benawa. Andere, wie M.G.M. Ghobar, Ali Mohammad Khorosch und B. Karmal, zogen sich zurück und lehnten es ab, mit der Regierung zusammenzuarbeiten; sie beschränkten sich auf geheime Treffen oder warteten auf günstigere Bedingungen für eine freie politische Betätigung.

Der Regierung von Schah Mahmud gelang es, die Opposition zu zerschlagen, aber sie konnte die Krise, die sich infolge der gesellschaftlichen Widersprüche weiter verschärfte, nicht unter Kontrolle bringen. Schah Mahmud vermochte es nicht, die anstehenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes zu lösen. Am 6. September 1953 mußte er als Premierminister zurücktreten, um einer erneuten Unruhe im Lande vorzubeugen. An seiner Stelle übernahm Prinz Mohammad Daud, Verteidigungsminister im Kabinett Schah Mahmuds, die Regierungsgeschäfte. M. Daud bildete im September/Oktober 1953 ein Kabinett, an dem Vertreter der herrschenden Klasse unmittelbar beteiligt waren. Afghanistan befand sich infolge der Politik seiner Vorgänger in einer sehr schwierigen innen- und außenpolitischen Situation. Außenpolitisch war es von größter Bedeutung, dem von der USA ausgeübten Druck, Afghanistan einem der regionalen

²² Nedae Chalq, 9.7.1951 (1330), zitiert nach: Akhramovich, a.a.O., S. 59.

²³ Vgl. Neueste Geschichte Afghanistans (تاریخ نوین افغانستان), a.a.O., S. 29.

Militärpakte CENTO oder SEATO einzugliedern, zu widerstehen und die Neutralitätspolitik des Landes zu bewahren.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung Daud war vom Bemühen gekennzeichnet, nach neuen Möglichkeiten zu suchen, die von seinem Vorgänger eingeleiteten kapitalistischen Produktionsverhältnisse forciert voranzutreiben. Dabei wurde sie jedoch vom traditionellen Verhalten der Handels- und der Kompradorenbourgeoisie behindert. Diese Kräfte waren nicht gewillt, ihr Kapital zur Industrialisierung des Landes einzusetzen, weil sie im Handel immer noch den höchsten Profit erzielen konnten.

Dauds Wirtschaftspolitik zielte auf verstärkte Industrialisierung des Landes im Rahmen einer gezielten Förderung des privaten Unternehmertums. Er beabsichtigte außerdem die schrittweise Einführung von kapitalistischen Produktionsmethoden im landwirtschaftlichen Sektor, die staatliche Kontrolle im Außenhandel und die Unterstützung der Handwerker und kleiner Warenproduzenten.

Seine Wirtschaftspolitik basierte auf Fünfjahrplänen, deren Realisierung die Voraussetzung für die staatskapitalistische Entwicklung einer „guided economy“ schuf. Die Haupttendenz bestand darin, daß die privatkapitalistische Wirtschaft durch eine gemischte und gelenkte Wirtschaft, einer „mixed and guided economy“ ersetzt wurde. Wie R.T. Akhramovich einschätzt, leitete „die Wirtschaftspolitik der Regierung Daud [...] eine neue Etappe der national-bürgerlichen Entwicklung Afghanistans ein. In ihr kam das Streben der nationalen Kräfte zum Ausdruck, den Übergang zu kapitalistischen Wirtschaftsformen bei *unbedingter Erhaltung und allseitiger Festigung* der staatlichen Souveränität einzuleiten“²⁴ [Hervorhebung im Text].

Um eine erneute innenpolitische Krise zu verhindern, betrieb Daud eine Wirtschaftspolitik, mit der sich ein Teil der Opposition identifizieren konnte und die Hoffnungen sowohl bei der Bevölkerung als auch bei der nationalen Bourgeoisie bezüglich der industriellen Entwicklung des Landes weckte.

Während der Regierungsperiode Dauds ist im sozialen Bereich die Aufhebung des „Tschadorie“ (Ganzkörper-Schleier) im August 1959 zu erwähnen. Dies führte zur Verbesserung der Lage der Frauen und ermöglichte es ihnen, außerhalb des Hauses einen Beruf auszuüben. Obwohl Daud im politischen Bereich keinerlei Zugeständnisse machte und keine politische Opposition duldete, gelang es ihm dennoch, Teile der Opposition im Staatsapparat zu integrieren.

Um seine Politik für breite Schichten der Bevölkerung akzeptabel zu machen, wurde die Ideologie der „Einigkeit aller Klassen und der gegenseitigen Hilfe“ propagiert. Entsprechend dieser Ideologie wurden auch „die patriotischen Pflichten der verschiedenen sozialen Gruppen der Bevölkerung, der Sinn der wirtschaftlichen und politischen Handlungen des Staates, die religiösen Pflichten des Muslims“²⁵ interpretiert.

²⁴ Akhramovich, Roman Timofeevič: *Afganistan posle vtoroj mirovoj vojny*. Moskva 1961, S. 125.

²⁵ Akhramovich, a.a.O., S. 150.

Am 21. April 1954 unterzeichnete König Mohammad Saher das von der Regierung Daud verabschiedete „Gesetz über Auslandsinvestitionen in Afghanistan“. Ziel des Gesetzes war, wie aus § 2 zu erkennen ist, den „wirtschaftlichen und technischen Fortschritt des Landes“²⁶ zu fördern. Ausländische Unternehmen wurden laut § 10 verpflichtet, „soweit wie möglich afghanische Arbeiter und Techniker“²⁷ in ihren Betrieben zu beschäftigen. Den ausländischen Investoren wurden Sonderrechte zugesichert, die dem nationalen Kapital nicht zustanden, z.B. steuerliche Erleichterungen, verbilligte Grundstücke, Zollbefreiung für Fabrikanlagen und Befreiung von der Einkommensteuer für die ersten drei Jahre nach Aufnahme der Produktion. Außerdem erhielten die ausländischen Investoren die Garantie, ihre Gewinne zu 75% ins Ausland transferieren zu können. Diese nutzten das günstige Investitionsklima. US-amerikanische, britische, japanische und bundesdeutsche Firmen nahmen, wenn auch nicht in großem Umfang, ihre Tätigkeit auf. Trotz dieser Maßnahmen und der Wirtschaftspolitik auf Basis der Fünfjahrpläne vermochte es die Regierung Daud nicht, die vorhandenen Produktivkräfte des Landes zu mobilisieren und „in einer Art ‚konzentrierter Aktion‘ alle die Entwicklung eines Landes mitbestimmenden Faktoren in einen integrierten Systemzusammenhang“²⁸ zu bringen. Die Entwicklungspläne Afghanistans waren zudem fast völlig von ausländischen Hilfeleistungen abhängig.

Ein außenpolitischer Faktor, der die afghanische Wirtschaft beeinträchtigte, war die wegen der Paschtunistanfrage²⁹ gespannte Beziehung zu Pakistan. Als die pakistanische Regierung im März 1955 die Auflösung der Provinzverwaltung und die Schaffung der „One Unit“, der zentralisierten Verwaltungseinheiten in Westpakistan, bekanntgab, wurde den Autonomiebestrebungen des paschtunischen und belutschischen Volkes ein schwerer Schlag versetzt. Dies führte zu einer massiven Protestwelle in der afghanischen Bevölkerung und zu großen Demonstrationen vor der pakistanischen Botschaft in Kabul und den Konsulaten in Qandahar und Djalalabad. Die pakistanische Regierung reagierte wie in der Vergangenheit mit der Blockierung des Transitverkehrs. Die Lage spitzte sich so weit zu, daß es im Mai von beiden Seiten zu Truppenmobilmachungen kam. Einen Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen zwischen beiden Ländern dann im Sommer 1961 infolge einiger Grenzzwischenfälle im Jahr 1960. Die pakistanische Regierung antwortete am 23. August 1961 mit der Schließung sämtlicher afghanischer Handelsvertretungen im Lande. Es kam dann am 6. September 1961 zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Afghanistan und Pakistan.

Diese außenpolitische Situation verursachte die weitere Vertiefung der innenpo-

²⁶ Gesetz über Auslandsinvestitionen in Afghanistan, 27.7.1954 (5. Asad 1333), in: Wirtschaftlicher Lagebericht: Afghanistan, Hamburger Kreditbank (Hrsg.), Hamburg, Januar 1955, S. 11.

²⁷ Ebenda.

²⁸ Jensch, Werner: Die afghanischen Entwicklungspläne, a.a. O., S. 330.

²⁹ Die infolge des Durand-Vertrages von 1893 von den Briten einverleibten paschtunischen Gebiete wurden nach der Unabhängigkeit Indiens 1947 Pakistan zugesprochen.

litischen Krise Afghanistans. Die Regierungspolitik wurde von zwei Seiten einer scharfen Kritik unterzogen. Die konservativen Teile der Bourgeoisie sahen ihre Wirtschafts- und Handelsinteressen durch die Verschlechterung der Beziehungen zu Pakistan beeinträchtigt. Die linke Opposition erhielt dadurch Gelegenheit, erneute Reformen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich des Landes zu verlangen.

Mitte März 1963 schrieb die halbamtliche Zeitung *Kabul Times* einen ausführlichen Artikel zur sozialen und gesellschaftlichen Lage Afghanistans, der den Zerfall des alten gesellschaftlichen Systems hervorhob. Thematisiert wurden die Landflucht der Dorfbevölkerung und die Schwierigkeit der Städte, so viele Menschen aufzunehmen. Arbeitslosigkeit, Armut, Wohnungsmangel und Kriminalität seien die gefährlichen Probleme des Tages; die wirtschaftliche Entwicklung des Landes benötige Veränderungen.³⁰ „Die Zeit für die Entscheidung, entweder über die Revolution derer, die im Schatten stehen,[...] oder aber durch einschneidende Maßnahmen zur modernen Demokratie zu kommen, war nicht mehr fern. Es mußte über kurz oder lang seitens der Monarchie etwas geschehen, oder es würde mit der Monarchie etwas passieren.“³¹

Die „revolutionäre“ Umgestaltung

Am 9. März 1963 gab König Mohammad Saher den Rücktritt seines Premierministers Mohammad Daud bekannt. Mit diesem Schritt versuchte er, „dem Königreich Afghanistan die Revolution der Straße zu ersparen.“³² Es war „der Versuch, die Umwandlung einer absoluten in eine konstitutionelle Monarchie von oben zu steuern und zu vollziehen.“³³

Der König ernannte am 11. März 1963 Dr. Mohammad Jossif, damals Minister für Bergbau und Industrie, zum neuen Ministerpräsidenten. Damit übernahmen zum ersten Mal Kräfte außerhalb der Dynastie die Regierungsgeschäfte, die sowohl das volle Vertrauen des Königs als auch der herrschenden Klasse genossen.³⁴ Die Ernennung Dr. Jossifs zum Ministerpräsidenten stellte eine reale machtpolitische Verschiebung innerhalb der herrschenden Klasse Afghanistans zugunsten der aufstrebenden nationalen Bourgeoisie dar. Bereits in seiner ersten Regierungserklärung am 28. März 1963 kündigte er Reformen im politischen Bereich des Landes an, deren Kernstück die Erarbeitung einer neuen Verfassung und eines Wahlgesetzes sein sollte, die auf der *Loyah Djergah* Mitte September 1964 verabschiedet und am 1. Oktober 1964 durch den König ratifiziert wurden. „Bis vor wenigen Jahren war Afghanistan noch eine perfekte Autokratie.“³⁵ Nun

³⁰ Vgl. *Kabul Times*, 19.3.1963.

³¹ Ackermann, Klaus: *Stille Revolution in Afghanistan*, in: *Außenpolitik*, Stuttgart, Jg. 16, 1965, H. 1, S. 34

³² Ebenda. S. 35.

³³ Ebenda. S. 35.

³⁴ Vgl. *Neueste Geschichte Afghanistans* (تاریخ نوین افغانستان), a.a.O., S. 33.

³⁵ Hamm, Harry: *Politische Parteien oder traditionelle Strukturen?*, in: *Frankfurter Allgemeine*

sollte es eine konstitutionelle Monarchie werden. In Artikel 1 der Verfassung heißt es: „Afghanistan ist eine konstitutionelle Monarchie und ein unabhängiger und unteilbarer Einheitsstaat.“³⁶ Weiter heißt es in ihrer Präambel: „Das Volk Afghanistans hat im Bewußtsein der historischen Veränderungen, die in seinem Leben als Nation und als Teil der menschlichen Gesellschaft eingetreten sind, [...] unter der Führung seiner Majestät Mohammad Saher Schah, des Königs Afghanistans und des Führers seines nationalen Lebens, sich und künftigen Generationen diese Verfassung gegeben.“³⁷ Eine der wichtigsten Vorschriften, die zum Schutze der Monarchie gedacht waren, enthält der Artikel 24. Er bestimmt, daß „Angehörige des Königshauses von der Betätigung in politischen Parteien sowie von den folgenden Ämtern ausgeschlossen sind: 1. Premierminister oder Minister, 2. Mitglieder der Schura (Parlament), 3. Richter am Obersten Gerichtshof.“³⁸

Die Dynastie war zu der Erkenntnis gelangt, „daß man die Monarchie schützt, wenn man sie von der Regierungsverantwortung trennt. Der König soll die Erfolge seines Kabinetts genießen dürfen, die Minister aber die Mißerfolge ihrer Politik verantworten müssen.“³⁹ Außerdem wurde der König laut Verfassung von jeglicher Verantwortung freigesprochen. In Artikel 15 heißt es: „Der König ist nicht rechenschaftspflichtig und muß von allen geachtet werden.“⁴⁰

Nach Inkrafttreten der neuen Verfassung formierte sich die Opposition, obwohl noch kein Parteiengesetz existierte. Man berief sich auf Artikel 32 der Verfassung. Darin steht u.a.: „Afghanische Staatsbürger haben das Recht, in Übereinstimmung mit dem Gesetz politische Parteien zu gründen, unter der Voraussetzung, daß 1. die Ziele und Aktivitäten der Parteien und die Ideen, auf denen die Organisation der Parteien basieren, nicht zu den in der Verfassung verankerten Werten in Widerspruch stehen [und] 2. die Organisation und die Finanzierungsquellen der Parteien offengelegt werden. Eine in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Gesetzes gebildete Partei kann nicht ohne ordentliches Gerichtsverfahren und ohne Anordnung des Obersten Gerichtshofes aufgelöst werden.“⁴¹

Organisationen sämtlicher politischer Richtungen traten mit ihren Programmen an die Öffentlichkeit. Die marxistisch orientierten Kräfte, die sich seit Anfang 1960 konspirativ getroffen hatten, gründeten am 1. Januar 1965 in der Illegalität die *Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA)*. Nur Mohammad Taraki wurde zum Generalsekretär der Partei gewählt. Er konstatierte in seiner Gründungsrede auf dem 1. Kongreß unter anderem, daß nun der Boden für die Werk-tätigen bereit sei, „sich zu vereinigen und nicht zuzulassen, daß eine Ausbeuter-

Zeitung vom 17.2.1968.

³⁶ Die Verfassung Afghanistans, Kabul vom 1.10.1964. (د افغانستان اساسی قانون / قانون اساسی افغان), Kabul, 9. Misan ميزان 1343 (Dari und Paschto).

³⁷ Ebenda, S. 1.

³⁸ Die Verfassung Afghanistans, Kabul vom 1.10.1964, a.a.O.

³⁹ Ackermann, a.a.O., S. 35.

⁴⁰ Die Verfassung Afghanistans, Kabul vom 1.10.1964, a.a.O.

⁴¹ Die Verfassung Afghanistans, Kabul vom 1.10.1964, Artikel 32, S. 22.

klasse unser geliebtes Land vom Abgrund der feudalen Ausbeutung in den Abgrund der kapitalistischen Ausbeutung schleudert.“ Er sagte weiter, „daß unsere Partei die Partei der Arbeiterklasse ist.“⁴² Dementsprechend basierte das Programm der DVPA auf der Weltanschauung der Arbeiterklasse.

Die Regierung hatte inzwischen ein Gesetz über die Bildung von politischen Parteien ausgearbeitet. Dieses wurde 1966 im Abgeordnetenhaus verabschiedet, am 30. Mai 1967 auch vom Senat bestätigt und anschließend dem König zur Ratifizierung vorgelegt, die von ihm jedoch nie durchgeführt wurde.⁴³ Babrak Karmal kritisierte im Zentralorgan der DVPA, *Chalq*, das Gesetz als reaktionär, denn dieses stehe im Widerspruch zu Art. 32 der Verfassung, der die Freiheit der Parteienbildung garantiere.⁴⁴

Die Initiatoren der „Stillen Revolution“ waren sich nicht darüber im klaren, wie sie die Zulassung von Parteien handhaben sollten. Premierminister Dr. Jossif sagte in einem Interview vom 30. April 1963 zu Journalisten aus den USA, seine Regierung sei der Meinung, daß für Afghanistan die einzige brauchbare Lösung ein Zwei-Parteien-System sei. Dies sollte dem Interesse einer stabilen Exekutive dienen und den kleineren Gruppen den Weg zur Parteienbildung versperren.⁴⁵ Es sollte eine Königspartei als Regierungspartei gebildet werden aus Anhängern des Königs und ihm nahestehender Kräfte, die zweite Partei sollte als „Oppositionspartei“ fungieren, mit einer Loyalitätsverpflichtung gegenüber dem König. Die Regierenden kündigten an, daß eine Sperrklausel in das neue Parteiengesetz aufgenommen werden sollte, die es den kleinen Parteien unmöglich machen sollte, Abgeordnete ins Parlament zu entsenden.⁴⁶

Bei den Wahlen zur 13. Legislaturperiode des Parlaments (1969-1973) war die Wahlbeteiligung sehr niedrig. Man erwartete ca. 2,5 Millionen Stimmen, aber tatsächlich wurden nur ca. 1,5 Millionen abgegeben.⁴⁷ Die Regierung, einflussreiche Großgrundbesitzer und Kapitalisten sowie die Stammesführer haben, alle auf ihre Weise, durch administrative Macht bzw. Bestechung in die Wahlen eingegriffen, um Wahlergebnisse zugunsten gewünschter Kandidaten zu erzielen. Weil politische Parteien nicht zugelassen waren, führte jeder Kandidat seinen Wahlkampf individuell und auf eigene Kosten. „Dieses Auswahlprinzip begünstigte finanziell Leistungsfähige, zumal in Afghanistan persönliche Wahlgeschenke für das Urteil

⁴² Abgedruckt bei Bröner, Wolfram: Afghanistan, Revolution und Konterrevolution, Frankfurt/M. 1980, S. 170f.

⁴³ Zum Gesetzesentwurf siehe: Büscher, Horst: Demokratisierung und Ansätze zur Parteienbildung in Afghanistan, in: Vierteljahresberichte. Probleme der Entwicklungsländer, Bonn, Nr. 39, 1970, S. 25ff.

⁴⁴ Vgl. Karmal, Babrak: Mittel und Wege, die die erhabenen Ideale des afghanischen Volkes und das Programm des demokratischen Volkes zum Sieg bringen, *Chalq* خلق, Nr. 5, 9. Mai 1966 (19. Saur 1345), S. 1. Nachdem sechs Ausgaben von *Chalq* erschienen waren, wurde die Zeitung am 23. Mai 1966 (Djaua 1345) von der Regierung als „verfassungswidrig“ verboten.

⁴⁵ Vgl. Akhramovich, a.a.O., S. 158.

⁴⁶ Vgl. Klimburg, Max: Afghanistan, a.a.O., S. 91.

⁴⁷ Vgl. Afghanistan nach den Wahlen, in: Neue Zürcher Zeitung vom 29.10.1969.

des Wählers von erheblicher Bedeutung sind.“⁴⁸ Daher waren bei den Parlamentswahlen „in der Hauptsache Kaufleute und Stammesvertreter mit sehr starken primär orientierten Interessen“⁴⁹ vertreten. Für diese Kandidaten bestand die Möglichkeit, die Presse und den Rundfunk, die unter staatlicher Kontrolle standen, für ihre Propaganda zu nutzen. Dies war jedoch so teuer, daß nur die wohlhabenden Kandidaten davon Gebrauch machen konnten. Diese Möglichkeit war nur ein demokratisches Feigenblatt, da „die Provinzgouverneure [...] augenblicklich sehr damit beschäftigt [waren], öffentliche Versammlungen abzuhalten, um den Leuten zu sagen, welcher Kandidat Unterstützung verdient, und die örtlichen Wahlkommissionen [...] recht große Befugnisse [besaßen], um subversive Elemente als Kandidaten und auch als Wähler abzulehnen.“⁵⁰ Mit „subversiven Elementen“ waren die Kandidaten der DVPA gemeint. Sie wurden bedroht und sogar verhaftet. Trotzdem konnten DVPA-Kandidaten wie Babrak Karmal, Anahita Ratebzad, Nur Mohammad Nur, Faisan UI-Haq Faisan bei den Wahlen zur 12. Legislaturperiode (1965-1969) sowie Babrak Karmal und Hafizullah Amin zur 13. Legislaturperiode (1969-1973) in das Parlament gewählt werden.

Afghanistan wird Republik

Trotz internationaler Unterstützung aus dem Westen und den sozialistischen Ländern, insbesondere der Sowjetunion, und der über Jahrzehnte an Afghanistan gewährten Entwicklungshilfe verschlechterte sich die sozioökonomische Situation von Jahr zu Jahr weiter. Einzig die Verschuldung, nicht zuletzt infolge der zahlreichen, teilweise wenig erfolgreichen bzw. gescheiterten westlichen Entwicklungsprojekte⁵¹, nahm ständig weiter zu, so dass die Lage für die Monarchie insgesamt immer bedrohlicher wurde. Als der Hungersnot nach der verheerenden Dürreperiode von 1971/72 etwa 1,5 Millionen Menschen zum Opfer fielen, war das Ende der Herrschaft von König Mohammad Saher besiegelt. Für eine politische Kanalisierung der Krise waren keine Mechanismen geschaffen worden. Sie spitzte sich so weit zu, dass das gesamte System erfasst wurde. Der König verlängerte 1973 per Dekret die 13. Legislaturperiode des Parlaments, um einen eventuellen Aufstand des Volkes im Verlaufe des bevorstehenden Wahlkampfes zu vermeiden. Es half nichts. Um die Dynastie zu retten, musste die Monarchie geopfert werden.

Am 17. Juli 1973 putschten die der DVPA zugehörigen Militäroffiziere gegen die Monarchie und verhalfen Mohammad Daud (von 1953 bis 1963 Ministerpräsident, Cousin und Schwager des Königs) zur Macht. Die Regierung Dauds führte aber keine der Reformen durch, die er in seiner ersten „Rede an die Nation“ versprochen hatte. Außenpolitisch warf er die traditionelle Politik der

⁴⁸ Hartmann, Gert F.: Startschuß für ein Parlament, in: DPA-Brief/Ausland, 14.9.1965.

⁴⁹ Malle, Elisabeth: Afghanistan will Parteien bilden, in: Handelsblatt, Düsseldorf, 27.10.1969.

⁵⁰ Ebenda.

⁵¹ Zur ernüchternden Bilanz der deutschen Entwicklungshilfe an Afghanistan siehe ausführlich: Baraki, a.a.O., S. 201-548.

Blockfreiheit über Bord, indem er die Beziehungen zum Schah von Iran, zu Anwar Al Sadat von Ägypten, zu Saudi-Arabien und Pakistan intensivierte. Zunächst schloss Mohammad Daud die linken Kräfte peu à peu von allen wichtigen Positionen aus, dann ging er im Frühjahr 1978 zur offenen Repression gegen die Parteiführung der DVPA über. Hinzu kam noch der politische Terror der Islamisten bzw. des Geheimdienstes, dem namhafte Politiker und Repräsentanten der DVPA zum Opfer fielen. Mir Akbar Khaibar, Gründungsmitglied der Partei und Mitglied des Politbüros, wurde am 18. April 1978 in Kabul auf offener Straße erschossen. Darüber hinaus ließ Präsident Daud die gesamte Parteiführung bis auf wenige Ausnahmen verhaften; sie sollte liquidiert werden. Als diese Meldung in den Abendsendungen des afghanischen Fernsehens verbreitet wurde, kam es am 27. April 1978 zum militärischen Aufstand gegen das Daud-Regime. Die Militärs befreiten die Parteiführung und übertrugen ihr die Leitung des Staates. Generalsekretär Taraki wurde Vorsitzender des Revolutionsrates und Ministerpräsident, Karmal sein Stellvertreter und Hafisullah Amin Außenminister. Das war die Geburtsstunde der Demokratischen Republik Afghanistan.

Teil II erscheint in Z 129 (März 2022)